S 56 R 577/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung bei nach § 5 Abs 1 S 1 Nr 2 SGB VI versicherungsfreien Personen - Ausscheiden aus einer Beschäftigung - Aufschiebung nach § 184 Abs 2 SGB VI - unverfallbare betriebliche Versorgungsanwartschaft - isolierte Aufhebung eines Widerspruchsbescheides bei Erlass des Widerspruchsbescheides durch eine sachlich unzuständige Widerspruchsbehörde
Leitsätze	<p>1. Es besteht kein Anspruch auf Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn bei Ausscheiden aus einer versicherungsfreien Beschäftigung aufgrund der arbeitsvertraglichen Zusage einer Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften eine unverfallbare Anwartschaft nach dem Betriebsrentengesetz (BetrAVG) erworben wurde.</p> <p>2. Bei einem Verstoß gegen die sachliche Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde handelt es sich um einen schwerwiegenden Fehler, der unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheides eine isolierte Aufhebung des Widerspruchsbescheids rechtfertigt.</p>
Normenkette	SGB VI § 5 Abs 1 S 1 Nr 2 ; SGB VI § 8 Abs 2 S 1 Nr 2 ; SGB VI § 184 Abs 2 S 1 Nr 2 ; SGB VI § 184 Abs 2 S 2 ; SGB VI § 274c Abs 1 S 2 Nr 3 ; SGB VI § 274c Abs 2 ; SGB VI § 274c Abs 3 ; BetrAVG § 1 Abs 1 S 1 ;

1. Instanz

Aktenzeichen S 56 R 577/19
Datum 06.02.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 14 R 172/20
Datum 09.11.2021

3. Instanz

Datum 21.12.2023

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers werden die Urteile des Bayerischen Landessozialgerichts vom 9.Â November 2021 und des Sozialgerichts MÃ¼nchen vom 6.Â FebruarÂ 2020 geÃ¤ndert und der Widerspruchsbescheid vom 21.Â MÃ¤rzÂ 2019 aufgehoben. Im Ã¼brigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beklagte hat dem KlÃ¤ger die auÃgerichtlichen Kosten in allen RechtszÃ¼gen zuÂ 1/5 zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

1
Zwischen den Beteiligten ist streitig ein Anspruch des KlÃ¤gers auf Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung fÃ¼r die Zeit vom 1.4.1992 bis zum 30.9.1999.

2
Der im Jahr 1964 geborene KlÃ¤ger ist von Beruf Diplom-Kaufmann und war im Zeitraum vom 1.4.1992 bis zum 30.9.1999 bei dem Bayerischen Kommunalen PrÃ¼fungsverband (Beigeladener zuÂ 1) beschÃ¤ftigt. Der am 20.3.1992 geschlossene Dienstvertrag enthielt in Â§ 7 die folgende Bestimmung:

3
FÃ¼r den Eintritt oder die Versetzung in den Ruhestand gelten die fÃ¼r die bayerischen Staatsbeamten geltenden rechtlichen Vorschriften entsprechend. Der PrÃ¼fer hat Anspruch auf Versorgung (einschlieÃlich UnfallfÃ¼rsorge) nach den fÃ¼r die bayerischen Staatsbeamten auf Lebenszeit geltenden Vorschriften.

4

Unmittelbar im Anschluss an die Tätigkeit bei dem Beigeladenen zu 1) war der Kläger in der Zeit vom 1.10.1999 bis zum 31.12.2012 für die Gemeinde M (Beigeladene zu 2) tätig. Der Dienstvertrag vom 1.10.1999 bestimmte in § 10 (Versorgungsgrundsatz) Nr 1:

5

Der Angestellte und seine Hinterbliebenen erhalten Versorgung und Unfallversicherung nach den für die Beamten auf Lebenszeit des Freistaates Bayern und ihre Hinterbliebenen jeweils geltenden Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes.

6

Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellte fest, dass den ab dem 1.1.1992 eingestellten versorgungsberechtigten Angestellten des Beigeladenen zu 1) eine Anwartschaft auf lebenslange Versorgung und auf Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährleistet und die Erfüllung der Gewährleistung gesichert sei. Es bestehe Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung (Schreiben vom 23.6.1992). Eine entsprechende Feststellung für die Tätigkeit des Klägers bei der Beigeladenen zu 2) erfolgte mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 4.2.2000.

7

Nach dem Wechsel zur Beigeladenen zu 2) erkannte diese mit Schreiben an den Beigeladenen zu 1) vom 11.4.2000 die zuvor abgeleiteten Zeiten als ruhegehaltsfähig nach [§ 10 BeamtVG](#) in der damals geltenden Fassung an. Der Beigeladene zu 1) erteilte daraufhin dem Kläger eine Bescheinigung über den Aufschub der Nachversicherung (Schreiben vom 12.4.2000). Unmittelbar nach Ende der Beschäftigung bei der Beigeladenen zu 2) am 31.12.2012 nahm der Kläger eine versicherungspflichtige Beschäftigung bei einem neuen Arbeitgeber auf. Mit Datum vom 3.7.2013 erteilte die Beigeladene zu 2) als Pensionsbehörde dem Kläger eine Auskunftsbescheinigung über eine Betriebsrente wegen Alters bei Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in Höhe von monatlich 1427,40 Euro. Die Zeit der Tätigkeit bei dem Beigeladenen zu 1) wurde bei der Rentenberechnung als ruhegehaltsfähige Dienstzeit, nicht jedoch als Zeit der Betriebszugehörigkeit berücksichtigt.

8

Den im Juli 2012 gestellten Antrag des Klägers auf Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für den Zeitraum der Beschäftigung bei dem Beigeladenen zu 1) vom 1.4.1992 bis zum 30.9.1999 lehnte die Beklagte ab. Für diese Zeit sei eine Aufschubbescheinigung erteilt worden. Diese erstrecke sich auch auf die Zeit der versicherungsfreien Folgebeschäftigung bei der Beigeladenen zu 2), aus der der Kläger mit unverfallbaren Anwartschaften der betrieblichen Altersversorgung ausgeschieden sei. Eine Nachversicherung sei deshalb nicht durchzuführen (Bescheid vom 5.6.2014; Widerspruchsbescheid vom 21.3.2019).

9

Das SG hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 6.2.2020). Das LSG hat die Berufung zurckgewiesen. Der Klger sei aus der Beschftigung bei der Beigeladenen zu 2) nicht ohne Anspruch auf Versorgung ausgeschieden. Dabei sei die Ttigkeit bei dem Beigeladenen zu 1) als ruhegehaltsfhige Dienstzeit bercksichtigt worden. Eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung setze dagegen voraus, dass berhaupt kein Schutz durch eine vergleichbare lebenslange Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundstzen gegeben sei. Die Frage, ob die Beigeladene zu 2) die Versorgungsanwartschaft zutreffend berechnet und dabei zu Recht die Betriebszugehrigkeit bei dem Beigeladenen zu 1) nicht bercksichtigt habe, falle in die Zustndigkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit (Urteil vom 9.11.2021).

10

Mit seiner Revision rgt der Klger eine Verletzung von [8 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#). Sinn und Zweck der Nachversicherung sei es sicherzustellen, dass Personen, die im Hinblick auf eine anderweitige Versorgung in ihrer frheren Beschftigung versicherungsfrei gewesen seien, vor einer sachlich nicht zu rechtfertigenden Benachteiligung gegenber Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung geschtzt wrden. Es msse eine vergleichbare lebenslngliche Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundstzen gegeben sein. Dies htten die Beteiligten in den Dienstvertrgen ausdrcklich vereinbart. Die Zeiten seiner Beschftigung bei dem Beigeladenen zu 1) seien bei der Berechnung der Hhe seines zukftigen Betriebsrentenanspruchs jedoch nicht in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfang bercksichtigt worden.

11

Der Klger beantragt,

die Urteile des Bayerischen Landessozialgerichts vom 9. November 2021 und des Sozialgerichts Mnchen vom 6. Februar 2020 sowie den Bescheid der Beklagten vom 5. Juni 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21. Mrz 2019 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten festzustellen, dass der Klger fr die Zeit vom 1. April 1992 bis zum 30. September 1999 nachzuversichern ist.

12

Die Beklagte beantragt,

die Revision des Klgers zurckzuweisen.

13

Die Beklagte ist der Auffassung, die gesetzlichen Voraussetzungen einer Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung lgen nicht vor. Mit dem Ausscheiden des Klgers aus der Beschftigung bei der Beigeladenen zu 2) sei der Aufschubgrund zwar entfallen. Es habe sich aber nicht um ein unversorgtes Ausscheiden gehandelt, weil eine unverfallbare Versorgungsanwartschaft bestehe. Das Gesetz sehe keine Erhlung dieser Versorgung durch eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Im Versorgungsfall werde vielmehr eine

der gesetzlichen Rentenversicherung gleichwertige Versorgung nach dem Betriebsrentenrecht sichergestellt.

14

Die Beigeladenen schließen sich der Rechtsauffassung der Beklagten an und machen geltend, eine Nachversicherung würde dem Kläger auch nicht zum Vorteil gereichen, weil eine höhere Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung die Betriebsrentenzahlung vermindern würde.

15

Die Beklagte hat auf Nachfrage zum kontoführenden Rentenversicherungsträger mitgeteilt, dass am 11.7.2014 ein sog. „Ausgleichsverfahren“ ausgetriggert und durchgeführt worden sei und hierzu die Verfahrensbeschreibung der „Projektgruppe Ausgleichsverfahren“ (im Folgenden: Verfahrensbeschreibung) sowie das dazu getroffene Beratungsergebnis des Erweiterten Direktoriums in seiner Sitzung vom 7.12.2005 übermittelt. In der mündlichen Verhandlung am 18.10.2023 ist die Sach- und Rechtslage mit den Beteiligten erörtert, die Verhandlung vertagt und den Beteiligten Gelegenheit zur erneuten schriftlichen Stellungnahme gegeben worden. Die Beteiligten haben mit Schriftsätzen vom 25.10.2023, vom 26.10.2023, vom 8.11.2023 und vom 12.11.2023 jeweils ihr Einverständnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung erteilt.

Ä

II

16

Mit Einverständnis der Beteiligten konnte der Senat ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entscheiden ([ÄSÄ 124 AbsÄ 2 SGG](#)). Die Revision des Klägers ist insoweit erfolgreich, als der Widerspruchsbescheid vom 21.3.2019 aufgehoben wird. Im Übrigen ist die Revision unbegründet und zurückzuweisen ([ÄSÄ 170 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGG](#)).

17

1.Ä Der Kläger begehrt im Wege der Kombination ([ÄSÄ 56 SGG](#)) einer Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ([ÄSÄ 54 AbsÄ 1 SatzÄ 1 AltÄ 1](#) undÄ 3 SGG) die Aufhebung des Bescheides vom 5.6.2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.3.2019 ([ÄSÄ 95 SGG](#)) sowie die Verpflichtung der Beklagten festzustellen, dass er für die Zeit vom 1.4.1992 bis zum 30.9.1999 nachzuversichern ist. Die Vormerkung von weiteren Pflichtbeitragszeiten nach [ÄSÄ 149 AbsÄ 5 SGBÄ VI](#) aufgrund von Nachversicherung ist Gegenstand eines weiteren Verfahrens, das der Kläger vor dem SG München gegen die DRV Bayern Süd unter dem Aktenzeichen SÄ 56Ä R 1438/19 führt und dessen Ruhen mit Beschluss vom 6.2.2020 angeordnet wurde (zu den unterschiedlichen Klagebegehren vgl auch BSG Urteil vom 31.1.2008 Ä [BÄ 13Ä R 27/07Ä RÄ BSGE 100, 19](#) =Ä SozR 42600 ÄSÄ 281 NrÄ 1, RdNrÄ 16).

18

2. Der Widerspruchsbescheid vom 21.3.2019 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten. Der ursprüngliche Bescheid vom 5.6.2014 ist zwar rechtmäßig ergangen. Die Beklagte hat jedoch über den dagegen gerichteten Widerspruch als sachlich unzuständige Behörde entschieden.

19

a) Der Bescheid vom 5.6.2014 ist rechtmäßig ergangen und beschwert den Kläger deshalb auch nicht in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Es besteht kein Anspruch des Klägers auf Durchführung der Nachversicherung für die Zeit der Beschäftigung bei dem Beigeladenen zu 1) vom 1.4.1992 bis zum 30.9.1999. Die Voraussetzungen des [Â§ 8 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) sind nicht erfüllt. Danach werden kraft Gesetzes ua Personen nachversichert, die als sonstige Beschäftigte von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, deren Verbänden einschließlich der Spitzenverbände oder ihrer Arbeitsgemeinschaften, versicherungsfrei waren, wenn sie ohne Anspruch oder Anwartschaft auf Versorgung aus der Beschäftigung ausgeschieden sind und Gründe für einen Aufschub der Beitragszahlung ([Â§ 184 Abs 2 SGB VI](#)) nicht gegeben sind.

20

aa) Der Kläger war bei dem Beigeladenen zu 1) nach [Â§ 5 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) idF des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992) vom 18.12.1989 ([BGBl I 2261](#)) versicherungsfrei beschäftigt. Danach waren in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfrei sonstige Beschäftigte von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, deren Verbänden einschließlich der Spitzenverbände oder ihrer Arbeitsgemeinschaften, wenn ihnen nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen Anwartschaft auf Versorgung bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter sowie auf Hinterbliebenenversorgung gewährleistet und die Erfüllung der Gewährleistung gesichert war. Diese Voraussetzungen waren bei dem Kläger erfüllt.

21

Der zwischen dem Kläger und dem Beigeladenen zu 1) am 20.3.1992 geschlossene Dienstvertrag enthielt in [Â§ 7](#) die Zusage einer betrieblichen Altersversorgung iS des [Â§ 1 Abs 1 Satz 1 Betriebsrentengesetz \(BetrAVG\)](#) idF vom 13.4.1984 ([BGBl I 601](#)). Dabei war zur näheren Ausgestaltung des von dem Beigeladenen zu 1) gemachten Leistungsversprechens die Inbezugnahme von Beamtenrecht grundsätzlich möglich. Durch eine dynamische Verweisung auf das Beamtenversorgungsrecht werden die jeweils geltenden Vorschriften integraler Bestandteil der Versorgungsvereinbarung (vgl BAG Urteil vom 21.4.2009 [Â 3 AZR 285/07](#) juris RdNr 34 und [Â 38](#); siehe auch BAG Urteil vom 14.12.2010 [Â 3 AZR 898/08](#) juris RdNr 34; BAG Urteil vom 22.2.2000 [Â 3 AZR 39/99](#) juris RdNr 60).

22

Nach [Â§ 5 Abs 1 Satz 2 SGB VI](#) in der hier maßgeblichen Fassung hatte

Über das Vorliegen der Voraussetzungen nach [Â§ 5 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) für Beschäftigte beim Bund und bei Dienstherrn oder anderen Arbeitgebern, die der Aufsicht des Bundes unterstehen, der zuständige Bundesminister, im Übrigen die oberste Verwaltungsbehörde des Landes, in dem die Arbeitgeber, Genossenschaften oder Gemeinschaften ihren Sitz hatten, zu entscheiden. Das Bayerische Staatsministerium des Innern besttigte mit Schreiben an den Beigeladenen zu 1) vom 23.6.1992, dass für die ab dem 1.1.1992 eingestellten versorgungsberechtigten Angestellten eine Anwartschaft auf lebenslange Versorgung und auf Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährleistet sowie die Erfüllung der Gewährleistung gesichert sei und stellte die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung fest (zur Wirkung einer solchen Entscheidung bereits zum früheren Recht nach [Â§ 6 Abs 2 AVG](#) vgl BSG Urteil vom 5.11.1980 [11 RA 118/79](#) [BSGE 50, 289](#), 293 = [SozR 2200 Â§ 1232 Nr 9](#) S 19).

23

b) Aus der Beschäftigung bei dem Beigeladenen zu 1) ist der Kläger zwar ohne Anwartschaft auf Versorgung ausgeschieden, weil er am 30.9.1999 die Voraussetzungen für eine unverfallbare Anwartschaft nicht erfüllt hatte. Die Anwartschaft blieb nach [Â§ 1 Abs 1 Satz 1 BetrAVG](#) idF vom 16.12.1997 ([BGBl I 2998](#)) im Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor dem Eintritt des Versorgungsfalles nur erhalten, sofern das 35. Lebensjahr bereits vollendet war und wenn zu diesem Zeitpunkt die Versorgungszusage mindestens zehn Jahre oder bei mindestens zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit mindestens drei Jahre bestanden hatte. Keine dieser Voraussetzungen lag bei dem Kläger vor. Einer möglichen Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung stand jedoch ein Grund für den Aufschub der Beitragszahlung nach [Â§ 184 Abs 2 Nr 2](#) 1. Alt SGB VI entgegen. Danach wird die Beitragszahlung für die Nachversicherung aufgeschoben, wenn eine andere Beschäftigung sofort nach dem Ausscheiden aufgenommen wird, in der wegen Gewährleistung einer Versorgungsanwartschaft Versicherungsfreiheit besteht oder eine Befreiung von der Versicherungspflicht erfolgt, sofern der Nachversicherungszeitraum bei der Versorgungsanwartschaft aus der anderen Beschäftigung berücksichtigt wird. In einem solchen Fall ist diese Sicherung vorrangig und es besteht keine Verpflichtung des Rentenversicherungsträgers zur Nachversicherung (vgl BSG Urteil vom 29.7.1997 [4 RA 107/95](#) [SozR 32600 Â§ 8 Nr 4](#) S 12). Der Aufschub erstreckt sich auch auf die nachfolgende versicherungsfreie Beschäftigung und endet erst mit einem Eintritt der Nachversicherungsvoraussetzungen für diese Beschäftigung ([Â§ 184 Abs 2 Satz 2 SGB VI](#)).

24

Der Kläger nahm unmittelbar im Anschluss an das Ausscheiden aus der Beschäftigung bei dem Beigeladenen zu 1) am 1.10.1999 die Beschäftigung bei dem Beigeladenen zu 2) auf, in der wegen Gewährleistung einer Versorgungsanwartschaft ebenfalls Versicherungsfreiheit nach [Â§ 5 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) bestand. Das Bayerische Staatsministerium des Innern besttigte dies mit Schreiben vom 4.2.2000 gemäß [Â§ 5 Abs 1 Satz 2 SGB VI](#) idF vom 29.10.2001 ([BGBl I 2785](#)). Der (potentielle)

Nachversicherungszeitraum bei dem Beigeladenen zu 1) wurde bei der Versorgungsanwartschaft aus der Beschäftigung bei der Beigeladenen zu 2) berücksichtigt. Der Beigeladene zu 2) hat mit Schreiben an den Beigeladenen zu 1) vom 11.4.2000 die vom Kläger bei diesem abgeleisteten Zeiten als ruhegehaltsfähig nach [§ 10 BeamtVG](#) in der damals geltenden Fassung anerkannt. Dies wird auch durch die mit Datum vom 3.7.2013 erteilte Auskunftsbescheinigung nach [§ 4a BetrAVG](#) bestätigt.

25

Der Beigeladene zu 1) hat über den Aufschub der Beitragszahlung gemäß [§ 184 Abs 3 SGB VI](#) entschieden und mit Schreiben an den Kläger vom 12.4.2000 eine entsprechende Bescheinigung nach [§ 184 Abs 4 SGB VI](#) erteilt (zum Rechtscharakter der Aufschubentscheidung und deren Rechtsfolgen vgl BSG Urteil vom 29.7.1997 - [4 RA 107/95](#) - [SozR 32600 § 8 Nr 4](#) S 10 f).

26

cc) Ein Nachversicherungsfall ist auch nicht mit Ausscheiden des Klägers aus seiner Beschäftigung bei der Beigeladenen zu 2) eingetreten. Der Kläger ist aus dieser Beschäftigung nicht ohne Anspruch oder Anwartschaft auf Versorgung iS von [§ 8 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) ausgeschieden. Es bestand am 31.12.2012 eine unverfallbare Anwartschaft nach [§ 1b Abs 1](#) iVm [§ 30f Abs 1 Satz 1 Nr 1](#) und [§ 2 BetrAVG](#) idF vom 10.12.2007 ([BGBl I 2838](#)). Wurden, wie im Fall des Klägers, Leistungen der betrieblichen Altersversorgung vor dem 1.1.2001 zugesagt, blieb am 31.12.2012 die Anwartschaft unter den bis zum 1.1.2001 geltenden Voraussetzungen erhalten (siehe oben unter 2. a) bb). Bei Ausscheiden aus der Beschäftigung bei der Beigeladenen zu 2) waren diese erfüllt.

27

Der Wortlaut in [§ 8 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) „ohne Anspruch oder Anwartschaft auf Versorgung“ enthält hinsichtlich der Anwartschaftshöhe keine Vorgaben. Die Nachversicherung soll sicherstellen, dass Personen, die im Hinblick auf eine anderweitige Versorgung in ihrer Beschäftigung früher versicherungsfrei waren, vor einer sachlich nicht zu rechtfertigenden Benachteiligung gegenüber dem Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung geschützt werden und als Ersatz für die weggefallene Aussicht auf lebenslange Versorgung ihre soziale Sicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung erhalten. Eine während der versicherungsfreien Beschäftigung in rückschauender Betrachtung entstandene Sicherungslücke beim Aufbau des Schutzes für Alter und Invalidität, soll nach dem Zweck des Gesetzes beim Ausscheiden aus dieser Tätigkeit durch die Nachversicherung dieser Zeiten geschlossen werden (vgl BSG Urteil vom 23.9.2003 - [B 4 RA 9/03](#) - [SozR 42600 § 8 Nr 1](#) RdNr 12; BSG Urteil vom 9.11.1999 - [B 4 RA 3/99](#) - [juris RdNr 21](#); BSG Urteil vom 9.11.1999 - [B 4 RA 58/98](#) - [SozR 32600 § 8 Nr 6](#) S 22; BSG Urteil vom 9.11.1999 - [B 4 RA 3/99](#) - [juris RdNr 21](#)). Eine solche Sicherungslücke ist für den Kläger nicht entstanden. Der von der Beigeladenen zu 2) (Pensionsbehörde) erteilten Auskunftsbescheinigung vom 3.7.2013 ist vielmehr zu entnehmen, dass dem Kläger bei Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze eine Betriebsrente wegen

Alters in Höhe von monatlich 1427,40 Euro zustehen würde. Die Zeit der Tätigkeit bei dem Beigeladenen zu 1) wurde dabei als ruhegehaltsfähige Dienstzeit rentenerhöhend berücksichtigt.

28

dd) Soweit sich der Kläger gegen die konkrete Berechnung seiner Versorgungsanwartschaft wendet und die Berücksichtigung des streitbefangenen Zeitraumes als Betriebszugehörigkeit beansprucht, kann er ein solches Begehren nicht vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit verfolgen. Die Berechnung seiner voraussichtlichen Betriebsrente richtete sich nach [§ 2 Abs 1 und Abs 5 BetrAVG](#) idF vom 21.12.2008 ([BGBl I 2940](#)). Danach bleibt bei einem vorzeitigen Ausscheiden mit einer gesetzlich unverfallbaren Anwartschaft der ohne Ausscheiden vor der festen Altersgrenze erreichbare Leistungsanspruch in der Höhe erhalten, die dem Verhältnis der tatsächlichen Betriebszugehörigkeit zur möglichen Betriebszugehörigkeit bis zur festen Altersgrenze entspricht. Maßgeblich sind nach [§ 2 Abs 5 BetrAVG](#) die Versorgungsregelung und die Bemessungsfaktoren zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis. [§ 18 Abs 9 BetrAVG](#) bestimmt zusätzlich, dass bei Personen, die aus einem Arbeitsverhältnis ausscheiden, in dem sie nach [§ 5 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) versicherungsfrei waren, die Ansprüche nach [§ 2 Abs 1 Satz 1 und 2 BetrAVG](#) nicht hinter dem Rentenanspruch zurückbleiben dürfen, der sich ergeben hätte, wenn der Arbeitnehmer für die Zeit der versicherungsfreien Beschäftigung in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert worden wäre. Diese Regelung im Betriebsrentenrecht soll sicherstellen, dass die unverfallbare Anwartschaft nach [§ 2 BetrAVG](#) bei Personen, die aus einem Arbeitsverhältnis ausscheiden, in dem sie nach [§ 5 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) versicherungsfrei waren, nicht geringer ist als die Anwartschaft, die sich aus einer Nachversicherung der versicherungsfreien Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ergeben hätte. Eine zusätzliche Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und eine damit in der Regel verbundene $\ddot{A}$ lterversorgung soll dadurch vermieden werden (vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur $\ddot{A}$ nderung des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung, [BT-Drucks 14/4363, S 11](#)).

29

Das LSG hat zu Recht darauf hingewiesen, dass zur $\ddot{A}$ lterprüfung der konkreten Berechnung der Betriebsrente des Klägers, auch unter Berücksichtigung der in den Dienstverträgen getroffenen Vereinbarungen zu einem den Beamten vergleichbaren Versorgungsanspruch, nicht der Rechtsweg zu den Sozialgerichten, sondern zu den Arbeitsgerichten eröffnet ist. Diese könnten auch darüber entscheiden, ob sich die Dauer der Betriebszugehörigkeit iS von [§ 2 Abs 1 BetrAVG](#) wie von der Beigeladenen zu 2) angenommen auf die Tätigkeit bei dem Beigeladenen zu 2) beschränkt oder zusätzlich die Beschäftigungszeit bei dem Beigeladenen zu 1) umfasst (offengelassen in BAG Urteil vom 19.6.2012 [3 AZR 708/11](#) [BAGE 142, 132](#) RdNr 17). Nach der Rechtsprechung des BAG ist eine entsprechende Feststellungsklage auch schon vor dem Eintritt des Versorgungsfalles zulässig, weil ein betriebsrentenrechtliches Rechtsverhältnis bereits mit dem Entstehen einer Versorgungsanwartschaft begründet wird (vgl.

BAG Urteil vom 19.11.2002 [Ä 3Ä AZR 167/02Ä](#) [BAGE 104, 1](#), 15 [â](#) juris RdNrÄ 51).

30

b)Ä Sind der Ausgangsbescheid und auch der Widerspruchsbescheid in der Sache rechtmÄÄig, ist der Widerspruchsbescheid dennoch wegen eines VerstoÄes gegen die Regeln der sachlichen ZustÄndigkeit aufzuheben. Die Beklagte ist als der ursprÄnglich fÄr den KlÄger zustÄndige kontofÄhrende VersicherungsstrÄger auch nach dem 1.1.2005 zunÄchst zustÄndig geblieben. FÄr den KlÄger wurde aber im Jahr 2019 ein Ausgleichsverfahren nach [ÄÄ 274c SGBÄ VI](#) durchgefÄhrt. ZustÄndig ist seitdem die DRV Bayern SÄd.

31

aa)Ä Die sachliche ZustÄndigkeit des RentenversicherungstrÄgers regelt fÄr Personen, die ihre Versicherungsnummer ab dem 1.1.2005 erhalten haben, [ÄÄ 127 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) (vgl. Kuklok in GKSGBÄ VI, Stand: Dezember 2021, ÄÄ 127 RdNrÄ 18). Bei den TrÄgern der gesetzlichen Rentenversicherung handelt es sich um rechtlich eigenstÄndige SelbstverwaltungskÄrperschaften ([ÄÄ 29 AbsÄ 1 SGBÄ IV](#)). Sie sind nicht lediglich unselbststÄndige Verwaltungsstellen eines einheitlichen (Rechts)TrÄgers [Ä](#) allgemeine Rentenversicherung [Ä](#) ([ÄÄ 126 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#)). Ein EinheitstrÄger wurde auch nicht mit der Organisationsreform zum 1.1.2005 geschaffen (vgl. BSG Urteil vom 14.3.2013 Ä [BÄ 13Ä R 5/11Ä RÄ](#) SozR 41200 ÄÄ 51 NrÄ 1 RdNrÄ 37).

32

Die Äbergangsvorschrift in [ÄÄ 274c AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) bestimmt, dass Versicherte, die Ä wie der KlÄgerÄ vor dem 1.1.2005 bereits eine Versicherungsnummer erhalten haben (Bestandsversicherte) dem am 31.12.2004 zustÄndigen TrÄger zugeordnet bleiben. Ausgenommen hiervon sind nach [ÄÄ 274c AbsÄ 1 SatzÄ 2 NrÄ 3 SGBÄ VI](#) ZustÄndigkeitswechsel aufgrund des Ausgleichsverfahrens nach AbsÄ 2 bis 6. [ÄÄ 274c AbsÄ 2 SGBÄ VI](#) ermÄchtigte das Erweiterte Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund ([ÄÄ 139 SGBÄ VI](#), im Folgenden: Erweitertes Direktorium), ein Ausgleichsverfahren zu beschlieÄen, das die ZustÄndigkeit fÄr Bestandsversicherte so festlegte, dass in einem Zeitraum von 15Ä Jahren eine Verteilung der Versicherten von 45Ä zu 55Ä vom Hundert zwischen den BundestrÄgern und den RegionaltrÄgern hergestellt wurde. Durch dieses Verfahren sollte auch fÄr die Bestandsversicherten eine gemÄÄ den Vorgaben des [ÄÄ 127 SGBÄ VI](#) entsprechende Verteilungsquote zwischen den Bundes- und den RegionaltrÄgern erreicht werden (vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung, [BTDrucks 15/3654, SÄ 77](#)). Das Ausgleichsverfahren wurde von der Datenstelle der Rentenversicherung (bis zum 16.11.2016: Datenstelle der TrÄger der Rentenversicherung) durchgefÄhrt. Das Verfahren wurde im Jahr 2019 abgeschlossen und die angestrebte Verteilung der Versicherten zwischen den Regional- und den BundestrÄgern erreicht (vgl. DÄnn in GKSGBÄ VI, Stand: August 2020, ÄÄ 274c RdNrÄ 16). Ein solcher ZustÄndigkeitswechsel im Ausgleichsverfahren ist hier erfolgt.

33

Das Erweiterte Direktorium stimmte in seiner Sitzung am 7.12.2005 der durch die „Projektgruppe Ausgleichsverfahren“ erstellten Verfahrensbeschreibung zu. Danach wurden die auszugleichenden Versicherungskonten nach dem Zufallsprinzip ausgewählt (Ziffer 3.3.1 der Verfahrensbeschreibung). Die Datenstelle stieß jeweils das Verfahren durch den ausgleichsempfangenden Rentenversicherungsträger an, der bei dem aktuellen Kontoführer das Konto anforderte (Ziffer 3.3.3 der Verfahrensbeschreibung). Dieser prüfte die Möglichkeit einer Kontoabgabe im Rahmen von [§ 274c SGB VI](#) und wies ggf die Kontoanforderung unter Angabe des Hinderungsgrundes ab (Ziffer 3.3.5 der Verfahrensbeschreibung).

34

Einer der Ausnahmefälle, in denen die Zuständigkeit nicht überging, lag nicht vor. Nach [§ 274c Abs 3 SGB VI](#) sollten einzelne Gruppen von Bestandsversicherten nicht im Rahmen des Ausgleichsverfahrens verteilt werden. Dazu gehörten Versicherte, für die die DRV Knappschaft-Bahn-See zuständig war (Nr 1), die bereits einmal von einem Zuständigkeitswechsel nach Abs 2 betroffen waren (Nr 2), die bereits Leistungen bezogen oder bei denen ein Leistungsverfahren anhängig war (Nr 3) oder solange deren Anwartschaften oder Rentenansprüche ganz oder teilweise iS der §§ 53 und 54 des Ersten Buches übertragen, verpfändet oder gepfändet waren (Nr 4). Keiner dieser Tatbestände war beim Kläger erfüllt.

35

Darüber hinaus nahm das Erweiterte Direktorium weitere Fallgruppen von einem Ausgleichsverfahren aus. Dazu gehörte nach der Verfahrensbeschreibung auch der Fall eines noch „offenen Verfahrens“ (z.B. Rechtsbehelf, Kontenklärung oder aktueller Kontakt des Versicherten mit dem Kontoführer) (Anlage 3 der Verfahrensbeschreibung „Hinderungsgründe“). Es sollte unnötiger Aktentransport und unnötiger Verwaltungsaufwand für die Träger und Unsicherheiten bei der versicherten Bevölkerung vermieden werden. Der Senat muss sich nicht dazu verhalten, inwieweit ein „offenes Verfahren“ von den Ausnahmetatbeständen des [§ 274c Abs 3 SGB VI](#) erfasst sein könnte (zu der insoweit als „abschließend“ bezeichneten Aufzählung vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung, [BT-Drucks 15/3654, S 77](#)). Jedenfalls war in der Verfahrensbeschreibung für den Fall des Vorliegens eines Hinderungsgrundes vorgesehen, dass der aktuelle Kontoführer unter entsprechendem Hinweis die Abgabe ablehnte. Das ist hier unterblieben.

36

Der Kläger hat gegen den Bescheid vom 5.6.2014 Widerspruch erhoben, sodass ein offenes Verfahren iS der Verfahrensbeschreibung vorlag. Da das Widerspruchsverfahren zum Zeitpunkt der Durchführung des Ausgleichsverfahrens am 11.7.2014 aber noch nicht statistisch erfasst war, erfolgte nach Anforderung des ausgleichsempfangenden Rentenversicherungsträgers (DRV Bayern Süd) durch die Beklagte als dem damals aktuellen Kontoführer keine

Prüfung von Hinderungsgründen ist der Vorgaben der Verfahrensbeschreibung. Die Kontoanforderung wurde deshalb nicht mit dem entsprechenden Datensatz abgewiesen. Das Ausgleichsverfahren wurde am 11.7.2014 ausgelöst und durchgeführt. Damit ist der Wechsel in der sachlichen Zuständigkeit vollzogen. Dabei handelte es sich entgegen der Rechtsauffassung des Klägers auch nicht nur um bloße Verwaltungsinterna. Der Kläger musste über den Zuständigkeitswechsel unterrichtet werden ([§ 274c Abs 5 Satz 2 SGB VI](#)) und erhielt in der Folge auch einen Vormerkungsbescheid nach [§ 149 Abs 5 SGB VI](#) durch die nunmehr zuständige DRV Bayern Sd.

37

bb) Gibt es keine ausdrückliche Bestimmung, dass anhängige Widerspruchsfälle noch von der zunächst angerufenen Stelle zu entscheiden sind, dann werden auch diese Fälle von dem Zuständigkeitswechsel erfasst (vgl. BSG Urteil vom 7.10.1976 [6 R Ka 5/76](#) [BSGE 42, 276](#) = [SozR 1500 § 85 Nr 3](#) S 6). Eine gleichzeitige Zuständigkeit zweier Träger der gesetzlichen Rentenversicherung und damit eine gespaltene Zuständigkeit sieht das Gesetz nicht vor. Deren Zuständigkeit ist auch nicht disponibel (vgl. in anderem Kontext zur örtlichen Zuständigkeit BSG Urteil vom 14.3.2013 [B 13 R 5/11 R](#) [SozR 41200 § 51 Nr 1 RdNr 43](#) und BSG Urteil vom 26.2.2020 [B 5 R 21/18 R](#) [SozR 46555 Art 25 Nr 1 RdNr 38](#) ff).

38

Für ein Fortbestehen der Zuständigkeit der Beklagten spricht entgegen deren Rechtsmeinung auch nicht [§ 44 Abs 3 SGB X](#). Danach entscheidet über die Rücknahme nach Unanfechtbarkeit des Verwaltungsaktes die nunmehr zuständige Behörde; dies gilt auch dann, wenn der zurückzunehmende Verwaltungsakt von einer anderen Behörde erlassen worden ist. Nach Auffassung der Beklagten hätte es dieser Regelung in [§ 44 Abs 3 SGB X](#) nicht bedurft, wenn ein Zuständigkeitswechsel schon vor Eintritt der Unanfechtbarkeit beachtlich wäre. Dabei handelt es sich jedoch um eine Klarstellung der allgemeinen Zuständigkeitsregelungen. Es soll weder ein ursprünglicher Zuständigkeitsmangel weiter fortgesetzt noch soll der Eintritt eines Zuständigkeitswechsels negiert werden (Schätze in Schätze, SGB X, 9. Aufl 2020, [§ 44 RdNr 38](#)).

39

cc) Der Widerspruchsbescheid vom 21.3.2019 war hier wegen der Unzuständigkeit der Beklagten aufzuheben. Er enthält insofern gegenüber dem Ausgangsbescheid eine zusätzliche, selbstständige Beschwer. Bei einem Verstoß gegen die sachliche Zuständigkeit handelt es sich grundsätzlich um einen schweren Fehler, der unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheides eine isolierte Aufhebung des Widerspruchsbescheides rechtfertigt (vgl. dazu auch BSG Urteil vom 8.12.2022 [B 7/14 AS 25/21 R](#) [SozR 4](#) (vorgesehen), [juris RdNr 30](#)). Der darin begründete Aufhebungsanspruch ist auch nicht verzichtbar und gegenüber dem behaupteten materiellen subjektiven Recht vorrangig (zu einem Fall der funktionalen und sachlichen Unzuständigkeit der Widerspruchsbehörde vgl. BSG Urteil vom

18.10.2005 [Ä BÄ 4Ä RA 21/05Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 16). Es erfolgt vielmehr eine isolierte Aufhebung des Widerspruchsbescheides, wenn die Entscheidung $\frac{1}{4}$ ber den Widerspruchsbescheid entscheidungsreif ist, weil die Verletzung einer wesentlichen Verfahrensvorschrift bei Erlass des Widerspruchsbescheides zu $\frac{1}{4}$ berprÄ $\frac{1}{4}$ fen ist (vgl BSG Urteil vom 24.3.2015 [Ä BÄ 8Ä SO 16/14Ä RÄ](#) SozR 43500 Ä $\S$ Ä 116 NrÄ 1 RdNrÄ 11; BSG Urteil vom 15.8.1996 [Ä 9Ä RV 10/95Ä](#) [SozR 31300 Ä \$\S\$ Ä 24 NrÄ 13](#) SÄ 35; vgl auch BSG Urteil vom 29.6.1978 [Ä 5Ä RJ 58/77Ä](#) [BSGEÄ 47, 3](#) =Ä SozR 1500 Ä $\S$ Ä 85 NrÄ 5 SÄ 11 unter Hinweis auf BVerwG Urteil vom 29.11.1961 [Ä VIÄ C 124.61Ä](#) [BVerwGE 13, 195](#), 198Ä f).

40

Der Mangel der sachlichen ZustÄ $\ddot{u}$ ndigkeit ist nicht nach [Ä \$\S\$ Ä 62 HalbsatzÄ 2](#) iVm [Ä \$\S\$ Ä 41 SGBÄ X](#) unbeachtlich und gehÄ $\ddot{u}$ rt nicht zu den Fehlern, derentwegen nach [Ä \$\S\$ Ä 42 SatzÄ 1 SGBÄ X](#) die Aufhebung eines Verwaltungsaktes nicht verlangt werden kann (vgl BSG Urteil vom 8.3.2017 [Ä BÄ 8Ä SO 2/16Ä RÄ](#) SozR 41500 Ä $\S$ Ä 55 NrÄ 20 RdNrÄ 17 unter Hinweis auf BSG Urteil vom 3.9.1998 [Ä BÄ 12Ä KR 23/97Ä RÄ](#) [SozR 33300 Ä \$\S\$ Ä 20 NrÄ 5](#) SÄ 22; BSG Urteil vom 20.7.2010 [Ä BÄ 2Ä U 19/09Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 15; BSG Urteil vom 18.10.2005 [Ä BÄ 4Ä RA 21/05Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 16; BSG Urteil vom 30.3.2004 [Ä BÄ 4Ä RA 48/01Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 14). Es liegt auch keine Nichtigkeit iS von [Ä \$\S\$ Ä 40 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) vor. Die Beklagte ist wie die DRV Bayern SÄ $\frac{1}{4}$ d ein RentenversicherungstrÄ $\ddot{u}$ ger und damit nicht $\hat{=}$ absolut unzustÄ $\ddot{u}$ ndigÄ $\ddot{u}$ (zu den Voraussetzungen einer absoluten UnzustÄ $\ddot{u}$ ndigkeit vgl BSG Urteil vom 30.1.2020 [Ä BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGEÄ 130, 1](#) =Ä SozR 42700 Ä $\S$ Ä 8 NrÄ 70, RdNrÄ 14; BSG Urteil vom 6.5.2009 [Ä BÄ 6Ä KA 7/08Ä RÄ](#) [SozR 41300 Ä \$\S\$ Ä 63 NrÄ 9](#) RdNrÄ 29).

41

c)Ä Es obliegt nunmehr der zustÄ $\ddot{u}$ ndigen BehÄ $\ddot{u}$ rde, $\frac{1}{4}$ ber den Widerspruch zu entscheiden, sofern dieser noch aufrechterhalten wird. Der Senat sieht aus GrÄ $\frac{1}{4}$ nden der ProzessÄ $\ddot{u}$ rkonomie von einer Aufhebung des Berufungsurteils und einer ZurÄ $\frac{1}{4}$ ckverweisung der Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das LSG ab. Zwar hÄ $\ddot{u}$ tte nach einer ZurÄ $\frac{1}{4}$ ckverweisung die DRV Bayern SÄ $\frac{1}{4}$ d als zustÄ $\ddot{u}$ ndiger TrÄ $\ddot{u}$ ger durch das Berufungsgericht beigeladen werden und einen Widerspruchsbescheid erlassen kÄ $\ddot{u}$ nnen. Gegenstand des Verfahrens wÄ $\ddot{u}$ re dann der ursprÄ $\frac{1}{4}$ ngliche Verwaltungsakt in der Gestalt des neuen Widerspruchsbescheides geworden ([Ä \$\S\$ Ä 95](#), [Ä \$\S\$ Ä 96 SGG](#) entsprechend, vgl BSG Urteil vom 6.5.2010 [Ä BÄ 13Ä R 118/08Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 23; BSG Urteil vom 1.7.1992 [Ä 14a/6Ä RKa 1/90Ä](#) [BSGEÄ 71, 42](#), 44 =Ä [SozR 32500 Ä \$\S\$ Ä 87 NrÄ 4](#) SÄ 11). Der KlÄ $\ddot{u}$ ger hÄ $\ddot{u}$ tte aber seine Anfechtungs- und Verpflichtungsklage im Wege der KlageÄ $\ddot{u}$ nderung ([Ä \$\S\$ Ä 99 AbsÄ 1 SGG](#)) gegen die DRV Bayern SÄ $\frac{1}{4}$ d umstellen mÄ $\frac{1}{4}$ ssen. Anderenfalls wÄ $\ddot{u}$ re die Klage schon wegen fehlender Passivlegitimation unbegrÄ $\frac{1}{4}$ ndet gewesen (vgl Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, SGG, 14.Ä Aufl.Ä 2023, Vorb vor Ä $\S$ Ä 51 RdNrÄ 13; Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, aaO, Ä $\S$ Ä 69 RdNrÄ 4; sÄ auch BSG Urteil vom 5.9.2006 [Ä BÄ 2Ä U 8/05 RÄ](#) [BSGEÄ 97, 47](#) =Ä [SozR 42700 Ä \$\S\$ Ä 34 NrÄ 1](#), RdNrÄ 27). Ä $\ddot{u}$ ber das ausdrÄ $\frac{1}{4}$ cklich gegen die Beklagte als den aus Sicht des KlÄ $\ddot{u}$ gers unverÄ $\ddot{u}$ ndert zustÄ $\ddot{u}$ ndigen RentenversicherungstrÄ $\ddot{u}$ ger gerichtete Rechtsmittel konnte der Senat dagegen abschlieÄ $\ddot{u}$ nd entscheiden. Der KlÄ $\ddot{u}$ ger

war insoweit auch zumindest teilweise erfolgreich. In dieser besonderen Fallkonstellation ist eine Entscheidung in der Sache nicht untunlich ([Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG](#)).

42

3.Â Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â 183 SatzÂ 1](#) iVm [Â§Â 193 AbsÂ 1 undÂ 4 SGG](#). Der KlÃ¤ger war hinsichtlich der Aufhebung des Widerspruchsbescheides erfolgreich, sodass eine Erstattung seiner auÃgerichtlichen Kosten zu 1/5 in allen RechtszÃ¼gen angemessen erscheint.

Â

Erstellt am: 16.04.2024

Zuletzt verÃ¤ndert am: 21.12.2024